

Pressemitteilung
Berlin, 26. August 2025

Das Energiewende-Monitoring ist eine Weichenstellung für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft Systemkosten statt Erneuerbare kürzen

Im Vorfeld der angekündigten Veröffentlichung des Energiewende-Monitorings des Bundesministerium für Wirtschaft und Energie legt die Stiftung Klimaneutralität eine Einordnung von acht strategischen Dimensionen vor. Dabei wird deutlich: Das Monitoring ist keine technische Frage, sondern zugleich eine politische Aussage über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Statt den Ausbau der Erneuerbaren zu bremsen sollten Systemkosten gesenkt werden. Zudem muss Ministerin Reiche transparent machen, welche Annahmen ihren Ableitungen zugrunde liegen.

Thomas Losse-Müller, Co-Direktor der Stiftung Klimaneutralität erklärt: „An die Ableitungen aus dem Energiewende-Monitoring gibt es zwei zentrale Anforderungen: Erstens müssen die Maßnahmen der Rechtslage entsprechen und Klimaneutralität im Jahr 2045 ermöglichen. Zweitens müssen Strompreise sinken, damit Deutschland seine industrielle Basis erhält. Zudem muss Reiche transparent machen, von welchen Annahmen sie ausgeht. Mit dem Energiewende-Monitoring positioniert sie sich nicht nur zur zukünftigen Transformation des Energiesystems, sondern auch zu wesentlichen strategischen Zukunftsfragen der wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Entwicklung Deutschlands. An diesem Anspruch muss sie sich messen lassen.“

Trotz weniger Strombedarf in 2030 Erneuerbare stark ausbauen

Die Auswertung der Stiftung Klimaneutralität zeigt, dass die Strombedarfe im Jahr 2030 absehbar weniger hoch ausfallen werden als bisher prognostiziert. Das liegt einerseits an der verlangsamten Elektrifizierung von Wärme und Verkehr. Und andererseits an der konjunkturellen Schwäche in Folge der Corona-Pandemie und der Gaskrise. Die Stiftung sieht darin aber keinen Anlass, den Ausbau der Erneuerbaren zu bremsen.

Thomas Losse-Müller erläutert: „Die Strombedarfe für Verkehr und Wärme werden in jedem Fall kommen. Es dauert nur etwas länger. Auch die Konjunktur wird wieder anziehen. Das ist das klare Ziel der Bundesregierung. Die Strombedarfsprognose sollte von einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung ausgehen. Sonst wird sie zu einer selbst-erfüllende Prophezeiung. Ein Mangel an ausreichendem Stromangebot wird mit Sicherheit zu weniger Strombedarf führen. Angesichts der etwas niedrigeren Stromnachfrage im Jahr 2030 wird der Anteil der Erneuerbaren durch einen weiterhin ambitionierten Ausbau schneller steigen. Das ist eine gute Nachricht. Schließlich besteht Konsens darüber, dass Strompreise möglichst niedrig sein sollten.“

Günstigere Strompreise durch mehr Erneuerbare Energie und niedrigere Systemkosten

Erneuerbare Energien sind heute die mit Abstand günstigste Technologie für die Stromerzeugung. Der Ausbau von Wind und Solar verdrängt teurere fossile Kraftwerke und senkt dadurch die Strompreise. Jeder Euro aus dem Bundeshaushalt zur Förderung der Erneuerbaren reduziert die deutschen Stromkosten um das 1,6- bis 1,9-fache.

Einsparpotenzial von rund 200 Milliarden Euro bis zum Jahr 2045 sieht die Stiftung bei den Systemkosten. Die größten Hebel liegen bei der Konzentration von Photovoltaik auf Freiflächen (45 Mrd. Euro),



der Optimierung von Offshore-Wind-Anschlüssen (43 Mrd. Euro), der Überbauung von Wind- und PV-Anlagen, einem raschen Ausbau der Übertragungsnetze sowie mehr Großbatteriespeichern (in Summe ca. 40 Mrd. Euro) und dem Einsatz von Freileitungen statt Erdkabeln (18 Mrd. Euro). Zusätzliche Einsparungen bringen dynamische Netzentgelte, die Digitalisierung der Netzanschlussprozesse und eine stärkere Flexibilisierung der Nachfrage.

Losse-Müller dazu: „Statt den Ausbau der Erneuerbaren sollten wir den Anstieg der Systemkosten bremsen. Das ist gut für das Klima, stärkt unsere Wirtschaft und macht Deutschland unabhängiger von Energieimporten.“

Katherina Reiche muss Annahmen transparent machen

Die Stiftung Klimaneutralität hebt hervor, dass die Höhe des künftigen Strombedarfs keine technische Konstante ist, sondern direkt von politischen Zielsetzungen abhängt. Zum Beispiel davon, ob Deutschland auch in Zukunft ein Industrieland sein wird. Auch die Frage, in welchem Maße verschiedene Güter zur Stärkung der Resilienz und strategischen Souveränität in Deutschland und Europa produziert werden, ist entscheidend. Zudem reflektiert die Prognose des Strombedarfs die Ambition Deutschlands, als souveräne High-Tech-Nation digitale Anwendungen in eigenen Rechenzentren zu betreiben und daraus neue Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Die Auswertung der Stiftung zeigt: Wollte Deutschland seinen derzeitigen Anteil von vier Prozent an der globalen Rechenkapazität halten, entstünde allein dafür ein zusätzlicher Strombedarf von 23 TWh bis zum Jahr 2030. Sollte Deutschland gemeinsam mit der EU aus Gründen der technologischen Souveränität über ein Viertel der globalen Kapazitäten verfügen wollen, steigt der Strombedarf bis 2030 um 51 TWh. Bisher ist das in den Szenarien, die vor dem globalen KI-Boom erstellt wurden, nicht eingepreist.

Weitere Informationen:

Das Papier der Stiftung Klimaneutralität hat den Titel „Einordnung des Energiewende-Monitoring: Acht strategische Dimensionen zur Zukunft Deutschlands“. Es steht zum kostenlosen Download zur Verfügung unter:

https://www.stiftung-klima.de/app/uploads/2025/08/SKN_Paper_Energiewende_Monitoring_k3.pdf

Über die Stiftung Klimaneutralität

Die Stiftung Klimaneutralität hat im Juli 2020 in Berlin ihre Arbeit aufgenommen. Ihr Ziel ist es, Wege zur Klimaneutralität aufzuzeigen. Sie entwickelt in enger Kooperation mit anderen Denkfabriken sektorübergreifende Strategien für ein klimagerechtes Deutschland. Auf der Basis von guter Forschung will die Stiftung informieren und beraten – jenseits von Einzelinteressen. www.stiftung-klima.de

Pressekontakt:

Michael Schroeren, Leiter Medien, Stiftung Klimaneutralität
presse@stiftung-klima.de, Tel. +49 157 92343584